

Bezugspreis:

Wochenblatt 60.- M., monatl. 20.- M. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 12.- M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 16. März 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vor der Reparationsentscheidung.

Paris, 16. März. (WIB.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden amtlichen Bericht: Die alliierten Regierungen beschließen, die Frage der Zahlungen in bar und der Lieferungen in Natura, die Deutschland im Jahre 1922 zu leisten hat, an die Reparationskommission zu verweisen.

Hierzu meldet der „Petit Parisien“, man werde jedenfalls zu den Vorschlägen von Cannes zurückkehren, also von Deutschland die Zahlung von 720 Millionen Goldmark bar und 1450 Millionen in Waren verlangt.

Deutsch den Steuern um mindestens 50 Proz. erhöht werden müßten. Diese Sanierung der Budgetverhältnisse Deutschlands sei übrigens die Vorbedingung für die größere Operation, die man die Mobilisierung der deutschen Schuld nennen könnte.

Nordamerikas Forderung.

London, 16. März. (WIB.) Unterhaus. Abgeordneter Wedgwood (Arbeiterpartei) fragt, ob die Vereinigten Staaten die Kosten für den Unterhalt ihrer Besatzungstruppen in Deutschland aus dem Reparationsfonds verlangen hätten und ob die britische Regierung mit dieser Forderung übereinstimme im Hinblick darauf, daß diese auf die Beschleunigung der Räumung des Rheinlandes und des Wiederaufbaus Deutschlands hinzielen würde.

Washington, 16. März. (Reuter.) Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, hat die letzte Note der amerikanischen Regierung an die Alliierten Finanzminister lediglich die Anerkennung des Rechts der Vereinigten Staaten auf ihren Anteil an den deutschen Reparationen bezweckt.

Vorkonferenz der Neutralen.

Bern, 16. März. (Antel.) Die schweizerische Regierung ist an den Schweizer Bundesrat mit einer Anfrage herangeraten, wie sich die Schweiz zu einer Konferenz der Neutralen stellen werde, die noch vor der Konferenz von Genuev eine Klärung der wichtigsten schwebenden weltwirtschaftlichen Fragen, insbesondere das Verhältnis Rußlands zum europäischen Wiederaufbau erörtern soll.

Englische Wiederaufbaudenkschrift.

London, 16. März. (WIB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, trotz der sorgfältigen und energischen Propaganda, die in gewissen britischen und kontinentalen Kreisen gegen die Abhaltung der Genuever Konferenz unternommen werde, seien die britische und die italienische Regierung zusammen mit der großen Mehrheit der kleineren alliierten und neutralen Regierungen bestrebt und entschlossen, die Konferenz abzuhalten.

stehenden Verfahrens bezüglich der Ein- und Ausfuhr, die Pachtgebühren und Fragen des internationalen Eigentums, und Urheberrechts; auch für andere Fragen seien bis ins einzelne gehende Entwürfe ausgearbeitet worden.

Der deutschen Regierung wurde, den VVA. zufolge, durch eine Note des italienischen Botschafters in Berlin nunmehr offiziell und bestimmt mitgeteilt, daß die Konferenz von Genuev auf den 10. April festgesetzt ist.

Verlängerung der Militärkontrolle.

Paris, 16. März. (Havas.) Die Botschafterkonferenz hat gestern vormittag den Bericht des Internationalen Militärkomitees in Versailles zur Kenntnis genommen. Der Bericht soll auf die Aufrechterhaltung der Kontrolle in Deutschland hinauslaufen, zu bestimmen bleibe nur noch ihre Dauer.

Nach dem „Echo de Paris“ sind die Engländer gegen die achtjährige Verlängerung und wollen, wenn Deutschland auf den Vorschlag Forza, ohne Schwierigkeiten zu machen, eingeht, als Gegenleistung die Räumung von Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort durchgeführt sehen.

So würde aus dem Verstoßbruch dieser Sanktionen ein Handelsobjekt, um noch auf lange Jahre nicht nur den reaktionären Nationalismus in Deutschland zu stärken, sondern auch der Reparation die Gehalt-Milliarden für die Militärkontrolle zu entziehen, die die Notwendigkeit ihres Weiterbestehens nur noch durch haltlose Reden zu beweisen strebt.

Hilfe für Deutschösterreich.

Italien hat Deutschösterreich einen Kredit von 70 Millionen gewährt. Der nordamerikanische Senat hat einstimmig beschlossen, Deutschösterreich eine Anleihe von 50 Millionen Dollar zur Bekämpfung der Hungersnot zu gewähren.

Mussolinis Leute.

Mailand, 16. März. (Antel.) Der Putsch von Fiume und die Zuspitzung der Gegensätze innerhalb der Faschistenpartei hat eine verstärkte Kampfstärke des radikalen Flügels der Partei ausgelöst. Insbesondere in den nördlichen Provinzen scheinen die Faschisten nach kurzer Ruhepause ihre Offensive wieder aufnehmen zu wollen.

Die englische Regierungskrise scheint dadurch verschärft zu sein, daß Lord Derby abgelehnt hat, Vizekönig von Indien zu werden. Die Konventionen weigern sich, Lloyd George ein Vertrauensvotum zu erteilen und im Oberhaus regt sich Widerstand gegen Lloyd Georges Irlandpolitik.

Devisen fest — Effekten flau.

Der Berliner Devisenmarkt zeigte an der heutigen Börse wieder eine feste Haltung. Dollarnoten setzten mit 270 ein und stiegen bis mittag auf 274. Am Gessertenmarkt hat die schwache Tendenz an. Man befürchtet für den folgenden Ultimo eine ziemlich scharfe Durchsicht der Spekulationen bei den Banken und eine entsprechende Einschränkung der Kredite.

Italien und Genuev.

Schanzers Wirtschaftsprogramm.

Aus dem süditalienischen Messli hat Ritti nochmals seine warnende und mahnende Stimme vernehmen lassen. Sie macht die Landsteute des Egministers nachdrücklich aufmerksam auf den nationalökonomischen Nabelstand, daß Italien ohne solche Rohstoffe ist, die als Basis für eine großindustrielle Tätigkeit unentbehrlich sind.

Imperialistische Ziele mögen eine Regierung veranlassen, eine Massenwanderung ihrer Landesfinder zu begünstigen. Italien gibt unter allen europäischen Ländern die weitaus größte Menge der Eingeborenen an das Ausland ab.

Als die Bankers vorjährig ein Einwanderungsgezet gegen den Massenimport von Menschen erließen, arbeitete die italienische Auswanderungsbehörde mit allen Mitteln, um vor dem Inkrafttreten des Befehes noch möglichst viele Landeskinder nach New York einzuschiffen.

Darin ist Italien unergleich schlechter gestellt. Es dominierte in der Erzeugung von Schwefel, bis ihm Amerika und Spanien den Rang streitig machten. Die Schwefelproduktion Siziliens ging von jährlich über 2 Millionen Tonnen vor dem Kriege auf nun kaum den vierten Teil herab.

Die natürlichen Bedürfnisse des Landes drängen speziell hin auf eine Sicherung der regelmäßigen Versorgung mit Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen. Gleich nach Kriegsausbruch stand Europa besonders im Reichen großen Rohstoffmangels. Die Preise waren während des Krieges enorm aufgeschwollen, gingen 1919/20 noch höher.

schlüsse der internationalen Gewerkschafts-Kongresse, gerichtet auf die Konstituierung einer überstaatlichen Rohstoffkontroll- und Verteilungsstelle. Auf die Vermittlung des Internationalen Arbeitsamts in Genf hin hat sich der Völkerbund in Venarverammlung und Kommissionsberatungen mit dem Rohstoffproblem beschäftigt. Zu einem definitiven Resultat ist es nicht gekommen, erstlich weil das internationale Solidaritätsgefühl der hauptsächlichsten Rohstofflieferanten der Welt (Deutschland und Russland) scheiden aus bekannten Gründen noch aus) nicht stark genug war, um die Klagen und Wünsche der Rohstoffverarbeitenden zu fördern; dann aber auch weil die inzwischeneingetretenen Weltwirtschaftskrise eine relative Ueberproduktion eintreten ließ, wodurch die Frage der Rohstoffverteilung „nicht mehr aktuell“ erschien. Bei der Erörterung im Völkerbund haben die Delegierten Italiens, in erster Linie Tittoni, und der Schweiz aus ihrem Unmut über die mangelnde internationale Solidarität gegenüber den rohstoffarmen Ländern kein Hehl gemacht.

Der Umstand, daß der Vertreter Tittoni in der mit der Rohstoff- und Lebensmittelfrage befaßten Völkerbundkommission, Schanzer, heute italienischer Außenminister ist, rechtfertigt es, daß wir seine markanten Ausführungen in der Kommission zu dem in Rede stehenden Problem hier wiedergeben. Schanzer erklärte:

„Wir denken keineswegs daran, unsere Hand auf das Bestium anderer zu legen... Was wir fordern ist, daß wir unser wirtschaftliches Leben frei entwickeln können, die Freiheit und Gerechtigkeit, sowohl auf dem wirtschaftlichen wie auch auf dem politischen und sozialen Gebiete. Wir wünschen, daß man eine Politik des Protektionismus, der Ausfuhrabgabe, der unterschiedlichen Preise nicht verschärfte, besonders nicht in bezug auf die für die Volksernährung und die Arbeiterklasse unbedingt nötigen Rohstoffe. Eine Politik dieser Art müßte dazu führen, die Wirtschaft einzelner Länder zu isolieren, das Bestehen ihrer Industrie zu gefährden und sie würde für ihre Arbeitermassen die größten Gefahren mit sich bringen. Die ganze Welt kann nur als ein einziges großes Wirtschaftsgebiet aufgefaßt werden und daher ist eine Politik der Solidarität und des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens erforderlich, wenn man schwere Konflikte und die ärgsten Zusammenbrüche vermeiden will.“

Wenn das Bekenntnis des nunmehrigen italienischen Außenministers zum Völkerverständnis auf wirtschaftlichem Gebiete sich als vorherrschendes Leitmotiv der Genuaer Konferenz durchsetzen würde, so wäre ein außerordentlicher Gewinn für den Wiederaufbau Europas erzielt. Ob aber die Wortführer der von der Natur begünstigten Nationen schon rücksichtslos den Völkerverständnis anerkennen werden, das ist die große Frage, die wir nicht zu bejahen wagen.

### Um die große Koalition.

Seit gestern wissen verschiedene Blätter schon wieder von Verhandlungen über die „große Koalition“ zu berichten. Die „Germania“ sagt, daß solche Verhandlungen noch nicht stattgefunden haben, sie würden aber in den nächsten Tagen beginnen. Auch diese Nachricht ist uns neu. Die Volkspartei erklärt jetzt in ihrer Presse, ein Eintritt in die Regierung komme für sie erst in Betracht, wenn sie von sämtlichen Regierungsparteien dazu aufgefordert würde. Der Wunsch, eine solche Einigung zu lassen, ist aber bekanntlich nur bei einem Teil der Regierungsparteien vorhanden. Offenbar besteht bei diesem Teil die Absicht, mit dem anderen Teil, der Sozialdemokratischen Partei, über den Eintritt der Deutschen Volkspartei zu verhandeln. Diese Absicht besteht aber bekanntlich erst seit heute oder gestern, auf der anderen Seite ist aber auch der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei derselbe wie bisher. Somit ist festzustellen, daß eine Aenderung der Sachlage nicht eingetreten ist, sondern daß über diese Angelegenheit noch immer geredet und geschrieben wird, wie das — sicher nicht zur Kurzweil der Leser — schon die längste Zeit geschieht.

### Der Dollar steigt!

Von Michael Charol.

Der Dollar steigt wieder! Auf den Gesichtern lagert Sonnenschein! Die Pelzmäntel sitzen straffer! Die Augen glänzen aus frisch gepuderten Anfängen, deren Teint wie ein Rosenhohloch leuchtet. Die bekränzte Kellner laufen mit hochschwebender Lebensenergie herum! Die Sektflaschen springen! Die Bars sind überfüllt! Die Autos rattern! Die Hotels der Winterbäder pfeffern die Rechnungen! Die Sommerkurorte bereiten sich zum Wettstreit! Die Juwelierscheinkäse! Die Luxusartikel können nicht in genügenden Massen herangezogen werden!

Die Kuchen werden gegessen, aber das Brot ist zu teuer! Natürlich nicht für die, die an dem Kuchen teil werden! Für die anderen! Für die Vegetarier, aber nicht aus Ueberzeugung! Die auch Hungerkünstler sind, ohne dafür Geld zu bekommen! Die sich aber so fanatisch darin üben, daß, wenn ihnen das Hungern schlecht gelingt, sie Leuchtgas einatmen! Die sich darin gefallen, die Anzüge zu tragen, bis man von außen erkennt, daß sie einstmals gefüttert waren! Bis jeder sieht, daß in den Schuhen Füße stecken!

Der Dollar steigt! Mit ihm Glanz und Reichtum! Mit ihm Hunger und Ueberfüllung! Es soll keine Bescheidenen, es soll keine einfachen Seelen, es soll keine in Arbeit Frohen geben! Hammer oder Klotz, hinauf oder hinunter, der Erfolg will es! Der Dollar steigt! ...

Ein Gespräch mit Kant. In den „Briefen eines reisenden Russen“ von Karajin, dem später berühmten gewordenen Geschichtsschreiber des alten russischen Reiches, die 1802 in einer deutschen Uebersetzung bei Hartnoch erschienen und die für die neuere russische Prosa bahnbrechend geworden sind, steht, in der Kant-Literatur bisher unbeachtet, die Beschreibung von Karajins Besuch bei Kant, 1789 im Juni in Königsberg: „Gestern nachmittag war ich bei dem berühmten Kant. Ich hatte keinen Brief an ihn, aber Rühmlichkeit gewinnt Städte und mir öffnete sie die Tür eines Philosophen. Ein kleiner hagerer Greis, von einer außerordentlichen Fortschritt und Weisheit empfing mich. Er nötigte mich sogleich zum Sitzen und sagte: „Meine Schriften können nicht jedermann gefallen. Nur wenigen liegen die tiefen metaphysischen Untersuchungen, mit welchen ich mich beschäftige habe“. Wir sprachen erst eine halbe Stunde über verschiedene Gegenstände: von Reisen, von China, von Entdeckungen neuer Länder usw. Ich mußte dabei über seine geographischen und historischen Kenntnisse erstaunen, die allein hinreichend erschienen, das ganze Magazin eines menschlichen Gedächtnisses zu füllen, doch ist dies bei ihm nur Nebenache. Darauf brachte ich das Gespräch, doch nicht ohne Sprung, auf die moralische Natur des Menschen und folgendes habe ich von seinem Urteil darüber gemerkt: „Unsere Bestimmung ist Tätigkeit. Der Mensch ist niemals ganz mit dem zufrieden, was er besitzt, und strebt immer

### KPD. gegen Amnestie!

Der Vorstand des KPD hat in einem Telegramm an Lenin, das wir heute früh veröffentlichten, um Amnestie für die gefangenen Sozialrevolutionäre gebeten, die in Gefahr stehen, auf falsche Auslagen hin zum Tode verurteilt zu werden. Die „Rote Fahne“ schreibt dazu:

Dieser Aufruf bestätigt, daß der KPD seine Aufgabe darin erblickt, alle Minderheiten gegen die proklamarische Einheitsfront zu unterstützen. Herr Leipart magt sich aber vollkommen zu Unrecht das Recht an, im Namen von Millionen deutscher Arbeiter zu sprechen.

Die deutschen Arbeiter wissen ganz gut, daß die Regierung der russischen Bauern mit den Sozialrevolutionären so verfahren wird, wie diese es verdienen. Die deutschen Arbeiter (!) verstehen das.

Das kommunistische Blatt nennt die Angeklagten des Moskauer politischen Prozesses „Diebe, Spitzbuben, Räuber, Banditen“, gegen die vorzugehen Pflicht der Sowjetmacht sei.

An anderer Stelle derselben Nummer veröffentlicht das selbe Blatt einen Artikel „Für die Amnestie“, worin die Sozialdemokratie beschuldigt wird, für die Amnestierung der an dem mitleidigen Wägen der Wägen zu haben. Für den Montag wird eine kommunistische „Massendemonstration“ zugunsten dieser Amnestie angekündigt.

Der Tag ist gut gewählt. Am Montag, den 20. März, soll nämlich — in Moskau der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre beginnen.

### Eiserne Kreuze, eiserne Stirnen.

Im Reichstag hat gestern der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, den Versuch, die Verleihung von Eisernen Kreuzen unbeschränkt in die Friedenszeit hinein fortzusetzen und dabei Geheimen Hofräte, die nie Pulver gerochen haben, mit dem E. K. I zu bedecken, als ein Possenspiel bezeichnet. Der Zusammenhang, in dem er diesen Ausdruck gebraucht, war vollkommen klar und ergibt sich auch aus den Berichten der deutschnationalen Presse. Die „Kreuzzeitung“ z. B. läßt Braun die Geschichte von den Geheimen Hofräten erzählen, um dann den Schluß seiner Rede folgendermaßen widerzugeben:

Wenn jetzt drei Jahre nach Beendigung des Krieges diesen das Eiserne Kreuz I. Klasse gegeben werden sollte, so wäre das eine Unbilligkeit und Ungerechtigkeit gegen alle diejenigen, die es sich im Felde erworben haben. Diese Herren haben warm im Hauptquartier gesessen. Durch die Bearbeitung der zahllosen Anträge, die der Berechtigung entbehren, ist nur Zeit für die Bearbeitung berechtigter Anträge verlorengegangen. Das ist bedauerlich. Ich bin aber nicht bereit, das Possenspiel von neuem zu beginnen und den Schlußtermin nochmals zu verlängern. (Große Unruhe rechts, lebhafter Beifall links.)

In dem Stimmungsbild, das die „Kreuzzeitung“ dem Bericht vorausschickt, heißt es jedoch:

Trotz der vor seiner Wahl im preussischen Landtage abgegebenen Versicherung, sich angemessener Umgangsformen befleißigen zu wollen, ist Herr Braun wieder mehr sozialdemokratischer Agitator als preussischer Ministerpräsident. Er hat die Stirn, das Eiserne Kreuz und seine Verleihung als Possenspiel zu beschimpfen, was auf der rechten Seite des Hauses heftige Erregung und Pfeif-Ause auslöste.

In ähnlicher Weise verfährt die übrige deutschnationalen Presse. Man muß ihr, wenn man von Antimoralischen absieht, das Gesicht für sie von selbst verzieht, zum mindesten den Vorwurf machen, daß sie in höchst schauerhafter Weise redigiert wird. Denn wenn sie schon die Agitationsklüge verbreiten wollte, Braun habe die Auszeichnung von Soldaten, die diese Auszeichnung verdienten, als ein Possenspiel bezeichnet, so hätte sie sich auch der kleinen Mühe unterziehen müssen, auch den Parlamentsbericht zu fälschen, was für sie doch eine Kleinigkeit gewesen wäre. Wenn mit so läppelhaftem Ungehörigkeit gehandelt wird, wie in diesem Fall, dann verliert das deutschnationalen Possenspiel jeglichen Witz, und man wendet sich gelangweilt ab.

### Der Trierische Winzerverband für Hermes.

Der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer und der Trierische Winzerverband A. O. versenden durch die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ eine längere Erklärung des Inhalts, daß die vielbesprochene Zuckerzulassung „keinerlei Begünstigung“ darstelle, „weil sie durch die Verhältnisse des Weinbaues unbedingt geboten war“. Was die Weinlieferung an Hermes betrifft, so wird natürlich ein Zusammenhang mit der Zuckerzulassung entfallen bestritten und der niedrige Preis damit begründet, daß es sich um Restbestände aus dem Jahre 1915 handelte, die, wie in vielen anderen Fällen, an Bekannte zu den Gesteuerungskosten verkauft wurden, da der Verein Wert darauf legte, „keine Konkurrenzgewinne“ daraus zu ziehen. Die Erklärung fügt hinzu, daß der Verein noch eine weitere Zuwendung in Höhe von 30 000 M. vom Reichswirtschaftsministerium im Jahre 1919 erhielt, an deren Bewilligung zwar Dr. Hermes mitgewirkt habe, die jedoch hauptsächlich durch einen anderen Referenten des Ministeriums bewirkt worden sei. Die Erklärung schließt mit den Worten:

„Aus all dem geht hervor, daß unsere Beziehungen zu Herrn Reichsminister Dr. Hermes völlig einwandfrei sind, daß dem Minister keine in nicht anderer Form und zu nicht anderen Preisen geliefert sind wie in vielen anderen Fällen, daß in der Zuwendung von Zucker eine Sonderbegünstigung des Verbandes in keiner Weise erblickt werden kann und daß auch eine anderweitige Sonderbegünstigung nicht vorliegt.“

Es wird Sache des parlamentarischen Untersuchungsausschusses bzw. der Delegation sein, festzustellen, ob jene vom Winzerverband selbst gezogenen Schlussfolgerungen „aus all dem“ tatsächlich hervorgehen.

### Gewerkschaftliche Beamtenzentrale.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam für die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften, die neben Arbeitern und Angestellten auch Beamte organisieren, eine Gewerkschaftliche Beamtenzentrale mit dem Sitz in Berlin errichtet. In Uebereinstimmung mit den in Betracht kommenden Verbänden sind für diese Beamtenzentrale besondere Satzungen aufgestellt worden, aus denen Zweck und Aufgaben der Zentrale ersichtlich sind.

Als Zweck ist in § 1 die gemeinsame Vertretung allgemeiner Beamteninteressen und die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens unter den Beamten angegeben. Die Schaffung der Beamtenzentrale beruht auf den Beschlüssen der Dezembertagung des Bundesausschusses, wonach dieser die Absicht billigt, daß die dem KPD und dem AFD-Bund angehörenden Verbände, die Beamte organisieren, besondere Abteilungen bzw. Reichsaktionen für ihre Beamtenmitglieder errichten.

### Der Hauptausschuß und die Kohlennot.

Der Hauptausschuß des Reichstages legte am Donnerstag die Beratung über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums fort. Abg. Hue (Soz.) Die Kohlennot führt dazu, daß die kleinen Betriebe die Kosten nicht mehr ertragen können und zur Stilllegung gezwungen werden. Sie müssen das Feld den großen Trusts überlassen, die ihrerseits ohne jede Beschränkung alle Preise ins Maßlose hinaustreiben können. Die Kohlennot ist aber eine Folge der freien Wirtschaft. In Wirklichkeit würde bei planmäßiger Verteilung nicht existieren können, weil die Braunkohlenförderung vollkommen ausreichend ist. Abg. Dr. Richter (Dnat.) machte die Diskussionen arbeitszeit für die Kohlennot verantwortlich. Abg. Dr. Japp (D. Sp.): Infolge der besseren Valuta des Auslandes werden deutsche Arbeitskräfte vom deutschen Arbeitsmarkt weggezogen. Die Abwanderung der germanen Arbeiter über die Grenze findet dauernd statt und stellt deutsche wirtschaftliche Unternehmungen in Frage. Abg. Rosemann (U. Soz.) wies darauf hin, daß der Reallohn der Bergarbeiter durch Vornahme von Ueberbahrungen herabgesetzt worden ist. Abg. Dr. Semmler (Dnat.) hielt für das einzig erfolgreiche Mittel die allgemeine Hebung der Produktion.

Die Zahl der deutschen Offiziere in der Roten Armee schätzt die britische Regierung nach ihrer Antwort auf eine Anfrage im Unterhaus auf 500.

nach etwas anderem. Der Tod trifft uns noch auf dem Wege nach dem Ziele unserer Wünsche. Man gebe dem Menschen alles, wonach er sich sehnt, und in demselben Augenblick, da er es erlangt, wird er empfinden, daß dieses Alles nicht alles sei. Da wir nun hier kein Ziel und Ende unseres Strebens sehen, so nehmen wir eine Zukunft an, wo sich der Atonen lösen muß; und dieser Gedanke ist dem Menschen um so unangenehm, je weniger Verständnis hierzwischen zwischen Freude und Schmerz, zwischen Genüssen und Entbehrung stattfindet. Ich für meine Person erwidere mich damit, daß ich schon über 60 Jahre alt bin, und daß das Ende meines Lebens nicht mehr fern ist, wo ich in ein besseres zu kommen hoffe. Wenn ich mich jetzt an die Freuden erinnere, die ich während meines Lebens genossen habe, so empfinde ich kein Vergnügen; denn ich aber an die Gelegenheiten, wo ich nach dem Mordgeheimen handelte, das in mein Herz geschrieben ist, so fühle ich die reinste Freude. Ich nenne es das Mordgeheim, andere das Gewissen, die Empfindung von Recht und Unrecht — man nenne es wie man will, aber es ist. Ich habe gelogen, kein Mensch weiß es, aber ich schäme mich doch. Freilich ist die Wahrscheinlichkeit des fünfjährigen Lebens noch immer keine Gewissheit, aber wenn man alles zusammen nimmt, so gebietet die Vernunft daran zu glauben. Was auch würde aus uns werden, wenn wir es zuzulassen mit Augen sehen? Würden wir dann nicht vielleicht durch den Reiz des Lebens von dem rechten Gebrauch des Gegenwärtigen abgezogen werden? Reden wir aber von Bestimmung, von einem zukünftigen Leben, so sehen wir damit schon das Dasein eines ewigen und schöpferischen Bestandes voraus, der alles zu irgend etwas, und zwar etwas Gutem schuf. Was? Wie? Hier muß auch der erste Beweise seine Unwissenheit bekennen. Die Vernunft sieht hier ihre Fackel aus, und wir bleiben im Dunkeln. Nur die Einbildungskraft kann in diesem Dunkel herumirren und Phantome schaffen. ... Kant spricht geschwind, leise und unverständlich; ich mußte alle meine Gehörneren anstrengen, um zu verstehen, was er sagte. Er bewohnt ein kleines unansehnliches Haus. Uebrigens ist alles bei ihm alltäglich, ausgenommen seine Metaphysik.

Deutsches Opernhaus. Genau 100 Jahre ist Hoffmann tot, und es ist gut, wenn Berlin ihn nach Reinhardt und Bernauer wieder im originalen Lampenlicht des generell halbbrantigen Offenbach sehen läßt. Die Charlottenburger Oper hat für eine Aufführung von „Hoffmanns Erzählungen“ in Böteln einen summiert begabten Hoffmann, in Scheidt einen Hagen, nicht immer grotesken, etwas zu behaglichen und behäbigen Gegner aus der Geisterwelt. Auch sonst schleppt und hupert manches. Einen Einzigeit für die Puppenfigur Olympia zu bemühen, lohnt nicht, besonders wenn es sich um Hertha Barhagen handelt. Sie hat zwei Borzüge, die sie vielleicht einmal einem Publikum lieb machen können: Jugend und Schönheit. Auch macht sie ihre automatischen Bewegungen nicht schlecht. Das alles jedoch ist außerordentlich. Sie singt ihre Weisen richtig, zaghaft, mit kleiner, noch nicht stabiler Stimme, die zerbrechlich scheint wie Puppenklappe. Wenn sie aus der Puppenkiste zurückgekehrt ist, soll sie wieder Probe singen, frühestens in drei Jahren. Dann werden sich bei ihr hoffentlich Jugend und Kunstfertigkeit miteinander besser vertragen. Charlottenburg liegt doch dicht bei Berlin.

„Nachigall, ich hör dich trampeln!“ Es gibt ein parodistisches Lied, in dem davon erzählt wird, daß man die Nachigall trampeln hört. Diese phantastische Vorstellung wird aber zur Wahrheit durch die Erfindung eines neuen Apparates, der die höchsten Tonstärkungen hervorbringt, die bisher möglich sind. Diese in den Laboratorien der amerikanischen Westinghouse-Elektrizitätsgesellschaft gemachte Erfindung hat den Namen Radiophon erhalten und ist ein drahtloses Telefon, das jeden Laut in geradezu ungläublicher Weise verstärkt. Edison, der dieses Radiophon eine der größten elektrischen Erfindungen unseres Zeitalters genannt hat, erzählt davon in amerikanischen Blättern erstaunliche Dinge. Er glaubt, daß man mit diesem Apparat, wenn er vervollkommen ist, Millionen von Geräuschen hören können, die vorher nie an ein menschliches Ohr drangen. Das Geräusch, das die Flügel einer Fliege beim Anfliegen verursacht, wird durch das Radiophon wie ein dumpfer Donner vernommen; wenn etwas Wasser auf einen Teppich fällt, so wird das durch das Radiophon klingen, als ob Felsen übereinanderstürzen; das Fallen eines Blumenblattes durch die Luft gibt bei dieser Verstärkung einen peitschenden Ton von sich, und das Geräusch, das eine Käsemasche in einem Stück reifen Käses verursacht, wenn sie sich ihren Weg grabt, ähnelt dem Geräusch einer Säge, die Stahl schneidet. Von dem Geräusch, das Grasfamen hervorruft, wenn er aus seiner Hülle pflanzt, wird gesagt, daß es durch das Radiophon wie ein Kanonenknallen klinge. Auf diese Weise kann man also ... sehr vernünftig das Gras wachsen hören, und es ist ganz selbstverständlich, daß eine Nachigall, die von Zweig zu Zweig hüpf, mindestens so laut trampelt, wie ein Mann mit Kanonenfüßeln. Ueber den Wert dieser neuen Entdeckung für die Naturwissenschaften sagte der Professor Gahan, Leiter der Insektenabteilung des Londoner Naturgeschichtlichen Museums: „Gewiß wird das Radiophon für Entomologen und Botaniker von größtem Wert sein. Es gibt viele Insekten, die Geräusche erzeugen, ohne daß wir sie bisher mit unseren Ohren hören konnten. Wir wissen aber genau, daß sie Laute hervorbringen, weil wir unter dem Mikroskop feststellen können, daß sie mit Lautwerkzeugen versehen sind. Ob man wird hören können, was die Ameisen oder die Fliegen sich erzählen, das ist eine andere Frage. Die Ameisen scheinen sich durch ihre Laute miteinander zu verständigen. Jedenfalls aber wird die Welt der Kleinlebewesen mit Hilfe des Radiophons nicht nur unserem Auge, sondern auch unserem Ohr erkennbar werden.“

Der dritte internationale Kongreß für Nützliche Erziehung tagt vom 28. Juli bis 1. August d. J. in Genf. Der erste fand 1908 in London, der zweite im Haag statt, unter starker deutscher Beteiligung. Um so mehr ist zu bedauern, daß die deutschen Mitglieder des Arbeitsausschusses, Eucken, Jona und Reichenleiner-Münch, nicht einen für Deutsche billigeren Tagungsort vorschlagen konnten. Auf der Tagesordnung stehen der Gedanke des Internationalismus mit besonderer Berücksichtigung des Geschichtsunterrichts und der Gedanke des wechselseitigen Dienens.

Adreht Schäfer mit Wittmoach, den 22. 8 Uhr abends, aus ungedruckten Dichtungen im Ernst Komohl Verlag, Berlin W. 85, Postdamer Str. 123 B, lesen. Eintrittskarten sind nur vom Verlag direkt zu beziehen.

## Das aufgestörte Wespennest.

Mit der Entscheidung über die Entlassung der auffälligen Primaner der Lichterfelder Bildungsanstalt hat das preussische Staatsministerium tatsächlich in ein Wespennest gegriffen. Die deutschmonarchistischen Blätter veranlassen ein gewaltiges Gerede und Geklimm wegen der Hakenkreuzjünglinge, denen es an den Kragen gehen soll.

Wenn es noch irgendwie zweifelhaft wäre, welcher Art die Helden von Lichterfelde waren, so würde die demonstrative Unterstüßung ihrer Freigeleien durch die Rechtspreß die sicher erweisen. Es ist ein neckisches Spiel des Zufalls, daß ausgerechnet Herr Voelzig, der volksparteiliche Gymnasialdirektor, als Minister für Unterricht die Entscheidung der Regierung zu verantworten hat. Gerade von ihm hatten die Deutschmonarchisten doch eine stille und nachhaltige Unterstützung ihrer Ministerarbeit gegen die Republik erwartet. Um so größer ist ihre Enttäuschung.

Die „Deutsche Tageszeitung“, aus deren Leserkreise wohl die meisten der Lichterfelder Jöglinge stammen, spricht wiederholt von der „Brutalität“ des Kultusministers, die „Tägliche Rundschau“, die in Lichterfelde sogenannten gebildeten Familien sehr verbreitet ist, spricht ironisch von dem „Sieger von Lichterfelde“ und stellt erneut die Frage, wie die Deutsche Volkspartei sich zu den republikanischen Großhellen Herrn Voelzigs stellen werde. Sie muß sich allerdings zu gleicher Stunde durch die „Zeit“, wo ihr hinausgedrängter früherer Leiter Rippler jetzt volksparteiliche Politik macht, sagen lassen, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit der Behandlung des Lichterfelder Schulfalles ganz einverstanden sei.

Soweit wir sehen, hat keine der deutschnationalen Zeitungen die neueste amtliche Erklärung aus dem preussischen Pressedienst übernommen, die wir in der Morgenausgabe zum Abdruck brachten. Sie verschweigen ihren Lesern also geflissentlich die Ungezogenheiten, die sich die beneidenswerten Heldenjünglinge erlauben, verschweigen insbesondere die ordinären Schimpfworte, die von diesen auf Kosten des Staates durchgehaltenen Junkerprüfungen gegen ihre Hausdame ausgeföhrt wurden. Der „Tag“ nimmt von dieser amtlichen Darstellung nur insoweit Notiz, als darin in einem Nebenätze angedeutet wurde, daß es nicht in der Absicht des Kultusministers gelegen sei, unschuldige und Unberechtigte zu strafen. Man wolle sogar denen, die ihre Unschuld nachträglich glaubhaft machen, trotzdem sie vorher ein freiwilliges Schulbekenntnis abgelegt hätten, wieder glückliche Brüden bauen.

Uns erscheint diese Art des Zurückziehens sehr bedenklich. Wenn man in ein Wespennest greift, soll man es fest tun, um sich nicht selbst zu verletzen. Herr Voelzig ist in diesen Tagen auf einer Dienstreise nach dem Westen. Inzwischen finden sich die deutschnationalen Landtagsabgeordneten hinter seinen Staatssekretär Becker, fahren mit diesem nach Lichterfelde hinaus, um dort mit den Eltern der Schüler zu verhandeln. Augenscheinlich will man auf diese Art Konzessionen erzielen, während zu gleicher Zeit die Rechtspreß als agitatorischen Bedürfnissen über Herrn Voelzig als Schützer der Staatsautorität herfällt. Wir warnen davor, sich aus Gefühlsgründen zu solchen Konzessionen breitschlagen zu lassen. Es kann den zügellosen Jünglingen aus der besitzenden Klasse durchaus nicht schaden, wenn sie einmal mit ihrem heißen Köpfchen an eine feste Mauer stoßen und sich dabei Benken holen. Als die „Staatliche Bildungsanstalt“ nach Kadettenanstalt war, gab es für sie ja auch keine Reiseprüfung. Sie blieben eben — Kadetten. Die Republik hat ihnen in dem Ausbau der Anstalt zu einem Realgymnasium die Möglichkeit der Reiseprüfung geschaffen. Wenn sich die Hakenkreuzjünglinge aber als so unreif erweisen, wie sie es getan haben, so können sie sich ihre „Reife“ ja anderwärts beschaffen lassen. Vielleicht finden sie in Kahr-Bayern dazu eine günstigere Gelegenheit.

## Der Bombenwurf von Dinkelsbühl.

Der Hilfsarbeiter August Klingler, welcher in der Neujahrsnacht auf dem Marktplatz in Dinkelsbühl eine Bombe warf, wodurch 25 Personen zum Teil schwer verletzt wurden, ist wegen versuchten Mordes und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu neun Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Klingler gab an, die Tat begangen zu haben, weil ein Genosse von ihm nicht aus der Haft entlassen worden sei.

## Abschluß der Reichslohnverhandlungen.

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsorganisationen über Erhöhung der Arbeiterlöhne haben in den gestrigen Abendstunden zu einer Einigung geführt.

## Jagow warnt schon wieder!

Seit Traugott v. Jagow als Berliner Polizeipräsident durch die Warnung Neugieriger keine einmal Weisheit erworben hätte, kann er's nicht mehr lassen. Nämlich das Warnen. Mit dem Ruf: „Schwarze — Zeitgenossen und Geschichtsforscher“ (man beachte den entschiedenen Fortschritt in der Auswahl der gewarnten Objekte!) stürzt er sich auf das hier schon besprochene Buch von Brammer über den Leipziger Jagowalterprozeß. Herr v. Jagow findet, daß er in dem Buch nicht günstig genug davon gekommen sei, namentlich vermißt er die „hochachtungswürdigen Ausführungen der Verteidigung“ und sein eigenes „letztes Wort“. Daß Herr v. Jagow seine eigenen Ausführungen für das Beachtenswerteste auf der Welt hält, wird niemand wundern, der diesen aufgeblasenen Couleurstudenten mit der Hand in der Hosentasche vor dem Reichsgericht hat nähen hören. Daß er aber in einer objektiven Darstellung über den Prozeß nicht ganz die Rolle spielt, die er sich selber wünscht, daran dürfte er selber mehr Schuld sein als er ahnt. Denn es gab da sehr unglückliche Momente, in denen man sich fragte, warum der eifrige Warner anderer sich selbst nicht in rechten Augenblick zu warnen weiß.

## Die Internationale der Studenten.

Leipzig, 16. März. (Ill.) Im Leipziger Volkshaus wurde gestern der Internationale sozialistische Studentenkongress eröffnet. Der Kongress ist von fast allen deutschen Hochschulen besetzt. Ferner sind vertreten Deutschösterreich, Ungarn, Italien, Norwegen, Bulgarien und die Tschechoslowakei. Es sind fast 100 Delegierte anwesend. Auf Antrag der kommunistischen Vertreter wurde die bürgerliche Preß nicht zu den Verhandlungen zugelassen. Der gestrige Tag wurde vorwiegend ausgefüllt mit technischen Fragen und Tätigkeitsberichten. Heute, Donnerstag, soll die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Intellektuellen aller Länder verhandelt werden.

## Das Truchfährlein.

Die Reichsfarben sind bekanntlich Schwarz-Rot-Gold. Die Verfassung sagt es ausdrücklich und jedermann weiß es auch.

In einigen Stuben der Kasernen in der Rathenower Straße, woselbst auch bayerische Truppen liegen, scheinen sich aber einige von der Republik besoldete Mannschaften recht dumme und unangebrachte Kinderleien erlauben zu dürfen. Fußgänger, die am Sonntag, den 12. d. M., gegen 4—5 Uhr nachmittags die Kasernements an der Rathenower Straße passierten, sahen aus der ersten Etage des Kasernengebäudes linker Hand des Tores, aus dem sich jeden Freitag, Punkt 12 Uhr, die Wachtparade ergießt, ein Fähnchen flattern mit vergoldetem Bildschildeknopf. Es schien recht dauerhaft an der äußeren Fensterbrüstung befestigt, wahlgemerkt zur Strafe hin, damit der vorbeistührende Verkehr dort unten merke, was Geistes Kind hier haufe. O ja, es merkte ein jeder: einestheils an den herrlichen Grundtönen des kindlichen Fähnchens, Schwarz-Weiß-Rot, und dann auch an den höhnißchen, verächtlichen Gesichtern, mit denen ab und zu einige „republikanische“ Soldaten vom gleichen Fenster die unten stehenden Zivilisten betrachteten. Und um nun vollends zu zeigen, daß den Hütern der Verfassung an der Achtung des für sie Steuer zahlenden Publikums „a Dred“ gelegen sei, war auch mutig die nähere Bifestante dem Fähnchen angeheftet: unter dem goldenen Spitzknopf flatterte ein winziger Wimpel in Weiß-Blau. Zur Vollständigkeit des Bildes war zwei Fenster weiter im gleichen Stockwerk eine riesengroße Marinekriegsflagge alten Systems in schöner Drapierung, wahrscheinlich als Fenstergardine, demonstrativ aufgehängt.

Der Verdruß der Vorübergehenden ist vollaus berechtigt, denn die Kinderleien der Soldaten ist nicht nur ungebührlich, sondern auch sehr dreist. Aber man beachte: Die Fahnen sind „Fähnchen“. Aus den großen Fahnen sind kleine geworden, und sie werden auch immer kleiner werden, bis sie ganz verschwinden. Auch mit der Dreifaltigkeit geht es nicht anders; sie wird immer kleiner werden, bis sie eines Tages, aus Furcht sich lächerlich zu machen, sich nicht mehr hervorwagen wird.

## Gefangenerevolte im Eisenbahzug.

In der vergangenen Nacht nach 12 Uhr trafen auf dem Bahnhof Alexanderplatz 33 Gefangene aus Götting ein. Unterwegs war es zwischen den Stationen Frankfurt a. d. O. und Göttingen zu einer Revolte gekommen. Einer der Transportbegleiter wurde von einem Gefangenen mit einer Eisenstange angegriffen und zu Boden geschlagen. Das war das Signal für mehrere andere Gefangene, sich ebenfalls auf den Beamten zu stürzen. Dessen gelang es aber noch, seinen Kopf vor zu ziehen und mehrere Schüsse auf die Angreifer abzugeben. Dadurch wurden drei der Gefangenen verletzt. Schwere Verletzungen erlitten der 27 Jahre alte Walter Schmidt durch einen Oberkellereckenschuß und der 36 Jahre alte Ernst Krüger durch Bauchschuß. Einem dritten Gefangenen war eine Kugel in den rechten Unterarm gedrungen. Durch das Dazwischenreten der anderen Transportbegleiter gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Nach der Ankunft in Berlin wurden Schmidt und Krüger nach der Charité geschafft.

## Anerkennung der Jeweils-Klausel

### Eine Freude für die Hauswirte.

Gegenüber den Bestimmungen der Höchstmietensverordnung haben die Berliner Hauswirte es verstanden, ihre Mieter zur Unterzeichnung einer Klausel zu bewegen, wonach jeweils bei neuer Hinaufsetzung der Höchstmietengrenze diese für die betreffenden Mieter solange in Kraft tritt, als Quartierseifen ab in Kraft tritt. Durch diese Art der Jeweils-Klausel bezeichnete Vereinbarung wollten sie erreichen, daß die Mieten auch bei laufenden Verträgen sofort erhöht werden könnten, obwohl die Höchstmietensverordnung sagt, die noch laufenden Verträge seien ausgenommen. Die Mieteingangsämter nahmen freilich, in Uebereinstimmung mit dem Berliner Zentral-Mieteneingangsamt und auch mit dem Oberpräsidenten, meist den Standpunkt ein, daß die Jeweils-Klausel ungültig sei. Nachdem aber verschiedene Berliner Gerichte, denen die Streiffrage von Hauswirten und Mietern vorgelegt wurde, der Ansicht des Zentral-Mieteneingangsamts nicht beigetreten sind, sondern die Jeweils-Klausel für rechtsverbindlich erklärt haben, hat jetzt auch das Zentral-Mieteneingangsamt umfallen zu müssen geglaubt. Dem Mieteneingangsamt Lichterfelde hat es geschrieben, daß es mit Rücksicht auf jene Entscheidungen der Gerichte nicht mehr einer Anerkennung der Jeweils-Klausel durch die Mieteneingangsämter entgegenzutreten könne, weil die bisherige Ansicht des Zentral-Mieteneingangsamts fast ausnahmslos eine Verurteilung der Mieter nicht verhindern würde. Hiernach könnten die Hauswirte sich wieder mal einen Erfolg buhen, der für sie einen ganz hübschen Profit abwirft. Welche Stellung nimmt dazu jetzt der Oberpräsident ein?

## Vorläufig keine Wohnungsluxussteuer.

Der Berliner Magistrat teilt zur Frage der Wohnungsluxussteuer folgendes mit:

Die Berliner Wohnungsluxussteuerordnung war der Aufsichtsbekörde am 12. Februar 1921 zur Genehmigung vorgelegt worden. Wie erinnertlich, befaßten sich die städtischen Körperschaften im September 1921 erneut mit dieser Steuerordnung, da vom Ministerium des Innern eine große Anzahl von Bedingungen für die Zustimmung gestellt worden waren. Die Steuerordnung wurde den Wünschen des Ministeriums entsprechend abgeändert und Ende September erneut zur Genehmigung vorgelegt. Aber auch darauf erfolgte die Genehmigung nicht. Inzwischen hat der Reichsrat am 15. Dezember 1921 Richtlinien über die Erhebung der Wohnungsluxussteuer aufgestellt, die eine außerordentliche Beschränkung dieser Steuer darstellen. Am Schluß der Richtlinien ist ausdrücklich bestimmt, daß die bereits eingeführten Wohnungsluxussteuern, auch wenn sie von den Richtlinien abweichen, bis zum 1. Oktober 1922 weiter erhoben werden dürfen. Der Oberpräsident hat jetzt im Februar 1922 dem Magistrat die Steuerordnung über die Wohnungsluxussteuer ohne die Zustimmung der Minister zurückgegeben und den Magistrat ersucht, die Steuerordnung mit den Grundzügen des Reichsrats in Einklang zu bringen. Ferner sind darüber hinaus noch eine ganze Anzahl von neuen Abänderungswünschen mitgeteilt worden, von deren Berücksichtigung die Zustimmung der Ressortminister abhängig gemacht ist. Dies bedeutet praktisch, daß die Wohnungsluxussteuer für Berlin frühestens erst von dem 1. April 1922 ab eingeführt werden könnte. Der Stadt ist also durch die Verzögerung der Genehmigung der Steuerordnung durch die Aufsichtsbehörden die Erhebung der Wohnungsluxussteuer für das ganze Rechnungsjahr 1921 unmöglich gemacht worden. Damit sind ihr — vorläufig geschätzt — wenigstens 20—40 Millionen Steuerereinnahmen verloren gegangen. Nunmehr aber ist durch die Richtlinien des Reichsrats auch der Ertrag der Steuer selbst außerordentlich zweifelhaft geworden. Da aber dieser Ertrag nur zu denselben Zwecken verwendet werden darf, wie die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus, kann es der Stadt nicht zugemutet werden, Kosten und Arbeitslast der nicht einfachen Veranlagung dieser Steuer aufzuwenden. Vielmehr können die Mittel nunmehr bis auf weiteres nur durch Zuschüsse zur Wohnungsbaubgabe be-

schafft werden. Der Magistrat hat demnach jetzt beschlossen, die Abänderung der Wohnungsluxussteuer vorläufig zurückzustellen, bis eine Aenderung der vom Reichsrat aufgestellten Grundzüge über die Wohnungsluxussteuer erfolgt ist, die eine ertragreichere Ausgestaltung der Steuer ermöglicht.

## Der Abvermietungswucher.

In der Nummer des „Berliner Lokal-Anzeigers“ vom 14. März finden sich unter den Mietgeuchen die folgenden Inserate:

„Amerikanisches Ehepaar mietet möblierte Wohnung, Mietsache.“  
„Amerikaner sucht sofort möbliertes Zimmer, Preis gleichgültig.“

Solche Inserate sind hier fast jeden Tag zu sehen. Erfreulich sieht davon folgendes Mietgeuch ab:

„Hauptmann a. D. sucht gut möbliertes Zimmer, Westen. Zahle keine Wucherpreise.“

Man könnte sich darüber amüsieren, wenn Ausländern, bei denen Geld auf unsere Kosten keine Rolle spielt, das Salutzgeld tüchtig abgedröpft wird. Durch derartige Angebote ist aber gerade im Berliner Westen der Abvermietungswucher so in die Haare geschossen, daß alle Vermieterinnen sich um Ausländer bewenden und nun Inländer nur für ähnlich hohe Preise wohnen lassen. Man kann es wirklich nicht verstehen, daß diese Art des Bekleidens kein strafbarer Wucher sein soll.

## Der Mann mit den zwei Frauen.

### Eine Doppelsehe aus Irrtum.

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III hatte sich der oft vorbestrafte Tapezierer Eugen Voste wegen Doppelsehe zu verantworten.

Der Angeklagte war im Jahre 1914 im Alter von 34 Jahren vier Wochen in einem Orte in der Nähe von Schweidnitz als Soldat einquartiert und hatte dort nichts eifrigeres zu tun, als innerhalb dieser kurzen Zeit mit einem Landmädchen ein Verhältnis anzuknüpfen und das Mädchen schließlich zu heiraten. Voste ist dann fahnenflüchtig geworden, wurde von seiner Frau bei der Kommandantur in Breslau denunziert und nach seiner Ergreifung zu längerer Festungshaft verurteilt. Darauf reichte er die Scheidungsklage gegen seine Frau ein, und es fand auch ein ergebnisloser Sühnetermin statt, dann aber wurde der Angeklagte für seine Frau unsichtbar. Er hat durch verschiedene Bergehen gegen die Strafgesetze sich längere Freiheitsstrafen zugesogen, wurde zur Abwechslung einmal wieder fahnenflüchtig und gelangte schließlich nach Berlin, wo einer seine Zeitlang Aufnahme in der Edelstein Anstalt fand. Dort fand er Gefallen an der ihn betreuenden Krankenschwester und schloß mit ihr auf dem Standesamt in Spandau eine zweite Ehe. Das eheliche Glück dauerte aber nur 4 Monate; der Angeklagte erhielt eines Tages einen anonymen Brief, der ihn daran erinnerte, daß er das Brechen der Doppelsehe begangen habe. Dies veranlaßte ihn, schließlich zu verschwinden und auch seine zweite Frau im Stich zu lassen. — Der Angeklagte behauptete, daß er auf Grund des Sühnetermins und weil er jahrelang von seiner ersten Frau nichts mehr gehört hatte, angenommen habe, daß die Ehe gerichtlich getrennt worden sei. Er wurde unter Annahme mildernden Umstände zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Zeitungsdienst mit Frankreich wird zum 1. April von der Reichspost eingeführt. Sämtliche Postanstalten nehmen daher von jetzt ab Bestellungen auf französische, insbesondere auch elsass-lothringische Zeitungen entgegen. Aus folgenden fremden Gebieten können jetzt Zeitungen durch die Post bezogen werden: Belgien, Dänemark, Gebiet der freien Stadt Danzig, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Letland, Luxemburg, Norwegen, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn.

Deutsche und polnische Ortsbezeichnung. Es ist vorteilhaft, bei Briefsendungen nach Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) in der Aufschrift neben der deutschen auch die polnische Ortsbezeichnung anzugeben, da andernfalls Verzögerungen auf polnischem Gebiet nicht ausgeschlossen sind.

Erbschaftsteuer für Jugendkassen. Von großer Bedeutung für unsere Volksgenossen und für die Entwicklung unserer Jugend ist das Problem der Erbschaftsteuer des Alkoholismus. Amerika ist in dieser Hinsicht in radikaler Weise vorgegangen und hat ein Alkoholverbot erlassen. Ein Truchfährlein, der Sammel, der die Bekämpfung des Alkoholismus kennt, wird deshalb am Montag, 20. März, abends 7 Uhr, in der Aula des Reform-Gymnasiums in Köpenick, D. 8, über das Thema „Die amerikanische Jugend und das Alkoholverbot“ sprechen. Eintritt frei. Jedermann ist herzlich eingeladen, ganz besonders aber die Vereine, die im Kampfe gegen den Alkoholismus stehen.

Reisenzener in Chicago. Durch Großfeuer wurde in Chicago ein ganzes Häuserviertel zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf fünf Millionen Dollar geschätzt.

Probefahrt eines neuen Lloyd dampfers. Der Postagier- und Fracht-dampfer „Röhm“ machte in Gegenwart von Vertretern des Magistrats der Stadt Köln und von anderen Teilnehmern eine Probefahrt nach Helgoland und zurück, wobei er sich in jeder Beziehung vorzüglich bewährte. Der Dampfer ist auf dem Bremer Vulkan in Vegesack für den Südamerikanendienst des Norddeutschen Lloyd erbaut worden und wägt 9265 Brutto-Registertonnen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielfach heiter, nur zeitweise etwas neblig, nachts kühl, um mittig ziemlich mild bei mäßigen nordwestlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. und 12. April. Wie meilen darauf hin, daß der Lebensstands-Unterricht, den Frau Dr. Fricke erteilt, mit der Jugendbewegung der SPD, am Sonntag, den 2. März, in Schöneberg, Hohenstaufenstraße, Seelager Straße, in ihrem Zusammenhang steht. Der Einleitungsunterricht für diese Jugendbewegung findet regelmäßig am Donnerstag, 24. März, von 4—8 Uhr im Jugendheim Schöneberg, Rudow, Ecke Hauptstraße, statt.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielfach heiter, nur zeitweise etwas neblig, nachts kühl, um mittig ziemlich mild bei mäßigen nordwestlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. und 12. April. Wie meilen darauf hin, daß der Lebensstands-Unterricht, den Frau Dr. Fricke erteilt, mit der Jugendbewegung der SPD, am Sonntag, den 2. März, in Schöneberg, Hohenstaufenstraße, Seelager Straße, in ihrem Zusammenhang steht. Der Einleitungsunterricht für diese Jugendbewegung findet regelmäßig am Donnerstag, 24. März, von 4—8 Uhr im Jugendheim Schöneberg, Rudow, Ecke Hauptstraße, statt.

Franken-Arbeitsgemeinschaft (Progromaturus). Referent: Clara Dohn-Schub (R. d. R.) heute abend 6 Uhr (nicht 7 Uhr) im Sitzungssaal des Sekretariats, Rindfleischstr. 2, Hof 1, 2 Tr.  
Bezirksrat „Gemeindepolitik“ für weibliche Stadt- und Bezirksverordnete und Bürgerdeputierte. 2. Vortrag: „Das städtische Finanzwesen.“ Referent: Dr. Lehmann (Stadtverordneter). Freitag, den 17. März, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Sekretariats, Rindfleischstr. 2, Hof 1, 2 Tr.

Jugendveranaltungen. Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. 68. Rindfleischstr. 2, Hof 1, 2 Tr. Telefon Rindfleisch 121 68—121 19.  
Heute, Donnerstag, den 16. März:  
Der Volkshauskursus findet heute abend 7 Uhr wieder im Jugendheim, Lindenstraße 11, Hof 1, 2 Tr., statt.  
Vortrag: Jugendheim Schöneberg. 6. Vortrag: „Die Verfassung.“ — Neustadt. Jugendheim Wilmersdorf. 6. Vortrag: „Das Sozialistengesetz.“ — Köpenick. Jugendheim Göttingerstraße 57. Vortrag: „Unsere Soldaten der Front.“ — Stralauer Biererei. Jugendheim Gymnasialstraße 2. Vortrag: „Ludwig Thoma.“ — Schöneberger Vorstadt. Jugendheim Göttingerstraße 57. Vortrag: „Das Schulwesen.“ — St. Margarethen. Jugendheim Odenbergstraße 6. Vortrag: „Die Jugend und der Antimilitarismus.“

